



Presseschau vom 05.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Maria Müller: Der OAS-Gipfel der Staaten Amerikas – eine Machtfrage für die USA

Der Streit um den Ausschluss Nicaraguas, Kubas und Venezuelas vom OAS-Gipfeltreffen eskaliert. Mexiko, Bolivien, El Salvador, Honduras und Guatemala haben entschieden, dem Treffen fernzubleiben. Im Hintergrund läuft ein Machtkampf um die Frage, wie stark der US-Einfluss auf dem amerikanischen Kontinent bleiben wird. ...

<https://kurz.rt.com/306k> bzw. [hier](#)

Alexander Männer: Nichts Persönliches, nur Pragmatismus? – Warum Berlin Waffenlieferungen an Kiew hinauszögert

Schwere Waffen für die Ukraine sind ganz wichtig nach Aussagen der Berliner Politik. Die wirklich gelieferten Mengen und der Zeitplan für weitere Lieferungen erzählen allerdings etwas anderes. Zeigt sich hier unausgesprochener Realismus? ...

<https://kurz.rt.com/3074> bzw. [hier](#)

Wladislaw Ugolnij: Schwere militärische Verluste im Donbass lassen die Einheit der Ukraine bröckeln

Wladimir Selenskij bekommt Gegenwind zu spüren. Die jüngsten Vorstöße der russischen Armee, haben von der ukrainischen Gesellschaft ihren Tribut gefordert, und sie sind ein schwerer Rückschlag für die vom Westen unterstützte Regierung, die mit Durchhalteparolen die Einheit der Ukraine beschwört. ...

<https://kurz.rt.com/3051> bzw. [hier](#)

Denis Grigorjuk: „Grad“ über Donezk – Bericht vom Tatort des Beschusses von Wohnvierteln:

Auf der zerschmetterten Platte lagen verblasste Blumen mit einem schwarzen Band. Vor uns liegt ein Chaos aus Betonziegeln. Die verstreuten Säulen und Fragmente der Mauern der Schule Nr. 22 liegen noch immer an derselben Stelle. Die Ruinen sind noch nicht entfernt, aber an der Wand der zerstörten Bildungseinrichtung ist bereits eine Zeichnung eines Mädchens in einem Kleid aufgetaucht, die Ansichten der Stadt zeigt. Aus der Landschaft steigen blaue und rote Kugeln in den Himmel - Symbole des friedlichen Lebens. Der Autor der Zeichnung muss seiner Arbeit eine solche Bedeutung gegeben haben. ...

[Originaltext](#) (russisch) oder [automatische Übersetzung](#) (deutsch)

de.rt.com: "Kein Quadratmeter für das Kiewer Regime" – Russischer General im Interview mit RT

RT sprach mit dem ehemaligen Chef der russischen Luftlandetruppen (1996-2003) und Professor der russischen Militärakademie des Generalstabs Georgi Schpak über den aktuellen Verlauf und die weiteren Ziele der russischen Militäroperation in der Ukraine. Seit 2008 ist Schpak Assistent des Leiters der Verwaltung des russischen Präsidenten.

<https://kurz.rt.com/304t> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:40 de.rt.com: **Die Staatsanwaltschaft der DVR erhebt Anklage gegen drei ausländische Söldner**

Die Generalstaatsanwaltschaft der Volksrepublik Donezk (DVR) hat Anklage gegen drei ausländische Söldner – zwei britische und einen marokkanischen Staatsbürger – beim Obersten Gericht der Republik erhoben. Die offizielle Vertreterin der Generalstaatsanwaltschaft, Witalia Tscherniawskaja, erklärte am Samstag der russischen Nachrichtenagentur TASS:

"Die Ermittlungsabteilung der Generalstaatsanwaltschaft der DVR hat die Ermittlungen gegen die ausländischen Söldner – die britischen Staatsangehörigen Shaun Pinner und Andrew Hill sowie den marokkanischen Staatsangehörigen Ibrahim Saadoun – abgeschlossen. Die Strafsache wurde zur weiteren Prüfung dem Gericht übergeben."

Tscherniawskaja zufolge haben die Ermittlungen ergeben, dass die Beschuldigten "an der bewaffneten Aggression der Ukraine teilgenommen haben, um die Macht in der Volksrepublik Donezk gewaltsam an sich zu reißen und dafür eine materielle Belohnung zu erhalten". Die Hauptverhandlung soll bald beginnen. In Kriegszeiten droht den Angeklagten für das Verbrechen, dessen sie beschuldigt werden, die Todesstrafe.

20:45 de.rt.com: **Donezk weiter unter massivem Artilleriebeschuss**

Auch am Abend kommt die Metropole Donezk nicht zur Ruhe. Die Stadt steht weiter unter massivem Artilleriebeschuss, offensichtlich auch mit schwerer Raketenartillerie.

TASS-Korrespondenten melden Einschläge im Geschäfts- und Verwaltungszentrum der Stadt. Über Opfer gibt es noch keine zuverlässigen Informationen.

21:00 de.rt.com: **Ukraine meldet den Tod eines deutschen Söldners**

Die "Internationale Legion für die Verteidigung der Ukraine" gab am Samstag in Kiew den Tod eines Deutschen bekannt, der sich dem Kampf gegen die "russischen Angreifer" angeschlossen hatte. Auch drei Freiwillige aus Frankreich, Australien und den Niederlanden seien unter den "gefallenen Waffenbrüdern".

Die Namen der vier Männer wurden ebenfalls genannt, nicht aber Zeitpunkt und Ort ihres Todes. Aus dem Auswärtigen Amt in Berlin war zu hören, die Botschaft in Kiew bemühe sich um Aufklärung und stehe "mit den ukrainischen Stellen in Kontakt, die entsprechende Nachrichten verbreitet haben".

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte Freiwillige aus der ganzen Welt aufgerufen, sich dem Kampf gegen die russische Armee anzuschließen. Dazu wurde die Legion gegründet, die inzwischen aktiv rekrutiert. Das russische Militär meldet immer wieder die Tötung von Söldnern, die Zahl der getöteten Ausländer geht nach Moskauer Angaben in die Tausenden.

21:40 de.rt.com: **Zehn Schwerverletzte, Schulen und Kindergärten zerstört – Erste Einschätzungen der Folgen des Beschusses von Donezk**

Die Behörden in Donezk haben am Abend die ersten Einschätzungen der Folgen des Beschusses der Innenstadt von Donezk veröffentlicht.

So spricht das Gesundheitsministerium der Volksrepublik von zehn Schwerverletzten, die derzeit in Krankenhäusern behandelt werden. Zu Todesfällen konnte das Ministerium noch keine Angaben machen. Das Bildungsministerium meldet Zerstörungen an drei Schulen und zwei Kindergärten, deren Ausmaß angesichts der Dunkelheit noch nicht beurteilt werden kann.

Betroffen sind auch Wohnhäuser. Es sind mehrere Brände ausgebrochen, die zum Teil noch nicht unter Kontrolle sind, in Hunderten Wohnungen barsten die Fensterscheiben.

Insgesamt wurden am Abend des 4. Juni über 50 Raketentreffer im Zentrum von Donezk gezählt. Das gesamte Ausmaß der Zerstörung wird erst mit Tageseinbruch am Sonntagmorgen sichtbar werden.

22:09 de.rt.com: **Nordsee: Inselbewohner wehren sich gegen Bohrpläne**

Deutschland und die Niederlande wollen nun doch in der Nordsee nach Erdgas bohren. Erst hatte man sich gegen die Bohrungen in der Nähe der niederländischen Insel Schiermonnikoog und der deutschen Insel Borkum entschieden. Nun soll das Gasfeld doch erschlossen werden. Die Niederlande werden gemeinsam mit Deutschland mit der Erschließung eines neuen Gasfeldes in der Nordsee beginnen. Das teilte die niederländische Regierung am Mittwoch mit. Im Rahmen des gemeinsamen Projekts soll etwa 19 Kilometer vor der Küste der beiden Länder, in der Nähe der niederländischen Insel Schiermonnikoog und der deutschen Insel Borkum, nach Gas gebohrt werden.

Pläne, an der deutsch-niederländischen Grenze zu bohren, sind nicht neu, erhielten aber in den letzten Monaten angesichts des Plans der EU, sich von russischer Energie abzuwenden, eine neue Dringlichkeit.

Der niederländische Staatssekretär für die mineralgewinnende Industrie Hans Vijlbrief hat am Donnerstag "die Genehmigungen für den niederländischen Teil erteilt", heißt es in der Erklärung der Regierung. Dabei wurde hinzugefügt, dass in Deutschland ein beschleunigtes Verfahren für die erforderlichen Genehmigungen im Gange sei.

Im vergangenen Jahr hatten die niedersächsischen Behörden beschlossen, das Projekt wegen ökologischer Bedenken in der Nähe der Inseln Schiermonnikoog und Borkum nicht zu genehmigen. Die deutschen und niederländischen Behörden trafen nun jedoch "aufgrund des Krieges in der Ukraine eine andere Entscheidung".

Die Bürgermeister der beiden Inseln sind gegen das Projekt, das ihrer Meinung nach der Umwelt schaden könnte. Studien, die von der niederländischen Regierung in Auftrag gegeben wurden, wiesen darauf hin, dass die Schäden sowohl bei der Bohrung als auch bei der Gasförderung minimal sein werden.

Der Beschluss für die Bohrung erfolgte nur einen Tag, nachdem der russische Gasprom-Konzern erklärt hatte, er werde die Lieferungen an das niederländische Unternehmen GasTerra aussetzen, weil dieses sich geweigert hatte, für die Lieferungen in Rubel zu bezahlen.

Wenn die deutschen Behörden zustimmen, könnte das erste Gas aus der gemeinsamen Bohrung bis Ende 2024 gefördert werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629a0e4848fbef6c87749fa4.jpg>

vormittags:

7:00 de.rt.com: **Selenskij wirft Russland massive Zerstörung von Kulturdenkmälern vor**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat Russland eine massive Zerstörung von Kulturdenkmälern, Kirchen und anderen religiösen Stätten vorgeworfen. Das sei Grund

genug, dass Land aus der UNESCO, der Kultur- und Bildungsorganisation der Vereinten Nationen, auszuschließen, sagte der Politiker am Samstag in Kiew. 113 Kirchen seien bereits zerstört oder beschädigt worden. Russland sei ein "Terrorstaat", der mit seiner Artillerie das historische Erbe zerstöre. Die UNESCO sei kein Platz für Barbaren.

In gleich zwei Videobotschaften warf Selenskij den russischen Streitkräften vor, eine Holzkirche in Swjatogorsk beschossen und in Brand gesetzt zu haben. Das russische Verteidigungsministerium wies die Vorwürfe zurück und beschuldigte die ukrainischen Streitkräfte, das Gotteshaus mit Brandmunition beschossen haben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629c37d1b480cc64074ee69b.jpg>

Eine beschädigte Kirche im Dorf Zupowka im ukrainischen Gebiet Charkow, 16. Mai 2022

7:33 de.rt.com: **Vergeltungsmaßnahmen: Einschränkung der Edelgas-Exporte soll Russlands Marktposition stärken**

Russland hat die Ausfuhr von Edelgasen in die unfreundlichen Staaten eingeschränkt. Da sie in der weltweiten Produktion von Halbleitern unverzichtbar seien, habe das Land nun die Chance, am Chipmarkt Einfluss zu nehmen, so Russlands stellvertretender Wirtschaftsminister.

Die russische Regierung hat Kontrollen für die Ausfuhr von Edelgasen eingeführt – auf Anordnung von Premierminister Michail Mischustin ist der Export solcher Produkte nur noch mit einer speziellen Regierungsgenehmigung möglich. Die Maßnahmen bleiben bis Ende des Jahres 2022 in Kraft. Diese Beschränkungen würden die weltweiten Hersteller von Mikrochips, Elektronik, medizinischen Geräten und Ausrüstungen für die Raumfahrtindustrie betreffen und seien eine Reaktion auf das Verbot des Westens, Hightech-Geräte nach Russland zu liefern, so die russische Nachrichtenagentur Eurasia Daily. Eine Quelle aus der russischen Regierung erklärte der Zeitung Iswestija:

"Russland will die unfreundlichen Staaten an ihre Importabhängigkeit erinnern. Das russische Wirtschaftsministerium wird nun festlegen, wer Zugang zu den für die Herstellung von Halbleitern wichtigen und kritischen Gasen Neon, Krypton und Xenon erhält, von denen mehr als 30 Prozent des Weltmarktes auf unser Land entfallen."

Und der stellvertretende russische Wirtschaftsminister Wassili Schpak meinte gegenüber Nachrichtenagentur TASS am Rande der Konferenz "Digitale Wirtschaft des industriellen Russlands", dass solche Beschränkungen Russlands Position auf dem globalen Mikroelektronikmarkt stärken sollten.

"Für die Herstellung von Halbleitern werden, wenn wir über den technologischen Prozess sprechen, etwa 4.000 verschiedene Materialien und Chemikalien verwendet, aber es gibt grundlegende Elemente, die fast jeder Hersteller in seinem Prozess hat, insbesondere

Edelgase, vor allem Neon", sagte er. Zudem betonte Schpak, dass die weltweite Krise in der Halbleiterindustrie bereits während der Pandemie begonnen habe und dass die Beschränkung der Ausfuhr von Edelgasen "es ermöglichen wird, die Ketten, die jetzt unterbrochen sind, neu zusammenzusetzen und andere aufzubauen, aber bereits nach unseren Spielregeln."

Da Russland Ausfuhrbeschränkungen für Edelgase verhängt hat, dürfte sich die ohnehin schon angespannte Lage auf dem Halbleitermarkt weiter verschärfen. So kommt Neongas unter anderem in Laserlithografie-Systemen zum Einsatz, die bei der Herstellung von Mikrochips für Smartphones über Computer bis hin zu Autos verwendet werden. Vor der Ukraine-Krise lieferten zwei ukrainische Unternehmen, "Ingas LLC" mit Sitz in Mariupol und "Cryoin Engineering" mit Sitz in Odessa, mehr als 40 Prozent des weltweiten Angebots von Neon, berichtet Eurasia Daily. Anfang März stockte die Produktion beider Firmen und die Neonpreise stiegen weltweit um fast das Zehnfache.

Vor der russischen Militäroperation in der Ukraine entfielen rund 30 Prozent der weltweiten Neonversorgung auf Russland. Wie die Nachrichtenagentur Eurasia Daily feststellte, ist Russland auch ein wichtiger Lieferant von Rohstoffen für die Herstellung von reinen Edelgasen. Laut der Fachwebsite ImportGenius kaufte beispielsweise das in Odessa ansässige Unternehmen "Cryoin Engineering" Neon-Helium-Mischungen für die Herstellung von reinem Neon und Helium von dem russischen Unternehmen "Business Management". Das in Mariupol ansässige Unternehmen "Ingas LLC" Krypton bezog die Rohstoffe von dem russischen Unternehmen "Prommetresurs".

Viele westliche Elektronikunternehmen geben an, dass sie ihre Lieferantenquellen diversifiziert hätten, berichtet Eurasia Daily. Sie geben jedoch nicht an, ob ihre Lieferanten von russischen Rohstoffen abhängig seien. Die Washington Post berichtete zum Beispiel, dass der Markt für Edelgase von mehreren großen Unternehmen abhängig sei, zu denen "Linde Plc", "Air Liquide SA" und "Air Products and Chemicals Inc." gehören. Die Unternehmen geben ihre Lieferanten nicht bekannt und bevorzugen vertrauliche, langfristige Verträge, die Daten von ImportGenius zeigen jedoch, dass diese und andere westliche Unternehmen von russischen Lieferungen abhängig seien, so Eurasia Daily.

7:33 de.rt.com: **Tschetschenien-Chef Kadyrow: "In den nächsten Tagen werdet ihr die echte Sonderoperation sehen"**

Das Oberhaupt der russischen Teilrepublik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, hat in einer auf Telegram veröffentlichten Videobotschaft die Behauptungen der ukrainischen Seite dementiert, wonach sich das russische Militär aus dem Raum um Sewerodonezk zurückziehe. Kadyrow teilte mit, dass die russischen Truppen ein Industriegelände in der Stadt und eine in der Nähe liegende Siedlung eingenommen hätten. In den kommenden Tagen werde die Stadt ganz unter Russlands Kontrolle sein.

Ferner versprach Kadyrow eine Überraschung für das ukrainische Militär. Es fange jetzt erst richtig an. Der Tschetschenien-Chef wandte sich persönlich an den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij und sagte ihm:

"Ich warne zum letzten Mal! Hände hoch und komm mit den Worten 'Nicht schießen! Meine Lieben, ich ergebe mich!' heraus. Widrigenfalls bist du erledigt."

Kadyrow zufolge würden die russischen Truppen demnächst neue Taktiken einsetzen. Die Effizienz der Sonderoperation werde täglich steigen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629c3f9148fbef75734d5b07.jpg>

8:06 de.rt.com: **Grünen-Chef Nouripour will Sieg der Ukraine im Krieg gegen Russland**

Grünen-Chef Omid Nouripour hat einen Sieg der Ukraine im Krieg gegen Russland als Ziel genannt. Den Zeitungen der Funke-Mediengruppe sagte er:

"Die Ukrainer müssen ihre Souveränität, ihre territoriale Integrität und ihre Freiheit zurückerlangen. Wir werden keinen Quadratzentimeter okkupierten ukrainischen Bodens anerkennen."

Die Frage, ob die Ukraine den Krieg gegen Russland gewinnen solle, beantwortete Nouripour mit "Ja" und fügte hinzu:

"Aber wir sagen der Ukraine nicht, was sie zu tun hat. Wenn sie diese Territorien zurückerobert, dann unterstützen wir sie. Und wenn sie verhandeln will, dann unterstützen wir sie auch."

Bundeskanzler Olaf Scholz und mehrere Minister hatten mit Blick auf den Krieg immer wieder die Formulierung verwendet, Russland dürfe nicht gewinnen und die Ukraine dürfe nicht verlieren. Außenministerin Annalena Baerbock bekannte sich am Mittwochabend in der ZDF-Sendung "Markus Lanz" klar zu dem Ziel, dass die Ukraine den Krieg gegen Russland gewinnen müsse.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629c4251b480cc6484188a14.jpg>
g

8:30 de.rt.com: **Ukrainischer Generalstab berichtet über mehrere Raketenangriffe auf Kiew**

Der ukrainische [Generalstab](#) hat am Sonntagmorgen Russland vorgeworfen, die Hauptstadt Kiew und einen Vorort erneut mit Raketen beschossen zu haben. Es seien militärische und zivile Infrastrukturobjekte getroffen worden. Auch Kiews Bürgermeister Vitali Klitschko sprach auf Telegram von Raketenschlägen. Betroffen waren demnach die Stadtbezirke Darnizki und Dneprowski der Millionenmetropole. Bislang wurde von einem Verletzten berichtet. Berichte über mögliche Todesopfer lagen zunächst nicht vor.

Auch der bereits mehrfach beschossene Vorort Browary wurde den ukrainischen Behörden zufolge von Raketen getroffen. Das genaue Ausmaß der Schäden war zunächst unklar. Am Morgen war landesweit Luftalarm ausgerufen.

In sozialen Netzwerken veröffentlichten Menschen Bilder und Videos von Bränden und Rauchwolken. Auch Geräusche von Einschlägen waren zu hören.

Das russische Verteidigungsministerium kommentierte diese Berichte bislang nicht.

8:49 de.rt.com: **China schickt erfolgreich Raumfahrer ins All – Ziel: Fertigstellung der Raumstation "Tiangong"**

Die Volksrepublik China kann einen weiteren Erfolg in ihrer jungen Raumfahrt-Geschichte verbuchen. Nach der geglückten Ankunft soll das Taikonauten-Trio den Bau der chinesischen Raumstation "Tiangong" (Himmelspalast) vorantreiben. Sie könnte bereits zum Jahresende fertiggestellt werden.

China hat zur Fertigstellung seiner im Bau befindlichen Raumstation ein weiteres Raumfahrer-Team erfolgreich ins All geschickt. Das Trio startete am Sonntag an Bord des Raumschiffs "Shenzhou 14" vom Weltraumbahnhof Jiuquan im Nordwesten der Volksrepublik zu seiner Mission. Eine Rakete vom Typ "Langer Marsch 2F" brachte sie ins All, wie in einer Liveübertragung des chinesischen Staatsfernsehens zu sehen war. Der Start sei ein "voller Erfolg" gewesen, erklärte Chinas Raumfahrtbehörde, nachdem das Schiff den Orbit erreicht hatte.

Etwa sechs Stunden nach dem Start war die Ankunft der Taikonauten (chinesische Bezeichnung für Raumfahrer) an der Station geplant. Die "Shenzhou 14" sollte dann in einem automatisierten Manöver an das Kernmodul "Tianhe" andocken.

Die Astronauten Chen Dong, Liu Yang und Cai Xuzhe bilden bereits die dritte Crew, die nun mehrere Monate im All verbringen und Arbeiten an der Station durchführen soll. Anfang Mai hatte ein Frachtflug weitere Ausrüstung und Nachschub zur Vorbereitung der Mission ins All gebracht.



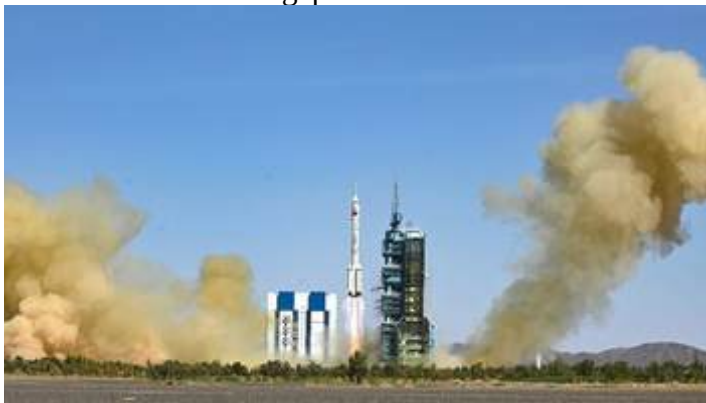
<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629c423bb480cc5d201a63c4.jpg>

Bild: Die chinesischen Raumfahrer Cai Xuzhe, Chen Dong und Liu Yang (v.l.n.r.), Jiuquan, China, 5. Juni 2022

:Während des Aufenthalts der Taikonauten sollen im Juli und Oktober zwei weitere Module ins All geschickt und angebaut werden. Möglicherweise im Dezember ist ein weiterer bemannter Flug geplant. Dann sollen sich vorübergehend sechs Raumfahrer in der Raumstation aufhalten. Die am Ende 66 Tonnen schwere, T-förmige Station soll von ihnen fertiggestellt werden und ihren regulären Betrieb aufnehmen.

Die "Tiangong" (Himmelspalast) genannte Raumstation ist ein chinesisches Prestigeprojekt. Sie untermauert Chinas Anspruch, zu einer Weltraummacht aufzusteigen und zu den großen Raumfahrernationen USA und Russland aufzuschließen. Die Volksrepublik hat Milliardensummen in sein Raumfahrtprogramm gesteckt und konnte bereits einige Erfolge vorweisen. So war China das erste Land, das ein Raumschiff samt Erkundungs-Rover auf der dunklen Rückseite des Mondes landete. Vergangenes Jahr landete zudem der Rover "Zhurong" auf dem Mars, der die Oberfläche des Planeten erkunden soll.

Da China von der Internationalen Raumstation (ISS) ausgeschlossen ist – insbesondere auf Druck der USA –, verfolgt die Volksrepublik beharrlich ihre eigenen Projekte. Es geht dabei auch um die globale technologische Vorreiterrolle. Mittelfristig sind weitere Missionen zum Mond und zum Mars geplant.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629c422048fbef66010e62fc.jpg>

Start der chinesischen Rakete vom Typ "Langer Marsch 2F" (Jiuquan / China, 5. Juni 2022)

10:00 (9:00) **Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 05.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

36 Mann;

6 Schützenpanzerwagen;

6 Fahrzeuge.

8 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben die richtige Entscheidung getroffen, die Waffen niedergelegt und so ihr Leben gerettet.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 30 Mörsergeschosse mit Mörsern des Kalibers 120mm auf Kremennaja abgefeuert.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR ist bestrebt, das Leben der ukrainischen Soldaten zu bewahren und ruft sie auf, die Waffen niederzulegen, so setzen Artillerieeinheiten der Volksmiliz den **Abwurf von Agitationsflugblättern über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte** fort.

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie die Evakuierung der friedlichen Bevölkerung aus der Kampfzone.

So haben gestern Freiwillige aus einer russischen humanitären Mission zusammen mit Einheiten der Volksmiliz alle notwendigen Medikamente sowie ein Sanitätsfahrzeug zur Leistung erster Hilfe für bedürftige Einwohner der Stadt um umliegender Städte nach Perwomajsk geliefert.

9:30 de.rt.com: **Britische Studenten müssen jetzt angebliche russische Propaganda melden**

Eine schottische Universität forderte Studenten auf, "Propaganda" zu melden, nachdem einer der Dozenten beschuldigt worden war, eine prorussische Sichtweise vermittelt zu haben. Er versuchte lediglich, verschiedene Perspektiven im Ukraine-Konflikt aufzuzeigen.

Die Universität von Edinburgh in Schottland hat ihre Studenten aufgefordert, "Fehlinformationen" zu melden, nachdem einer ihrer Dozenten beschuldigt wurde, "russische Fake News" zu verbreiten.

Nach Angaben der britischen Zeitung The Times und des staatlichen Rundfunksenders BBC erklärte die Universität zwar, dass sie sich für die Meinungsfreiheit einsetze und einen "sicheren Raum für Mitarbeiter und Studenten zur Erörterung kontroverser Themen" schaffe, wies aber darauf hin, dass sie "entschieden gegen die Verbreitung von Fehlinformationen" vorgeht, und forderte die Studenten auf, etwaige Bedenken über Lehrkräfte zu melden.

Der betreffende Wissenschaftler – Tim Hayward, Professor für Theorie der Umweltpolitik – habe eine Erklärung eines russischen Vertreters bei der UNO retweetet, der behauptet hatte, dass die angebliche russische Bombardierung eines Entbindungskrankenhauses in der ukrainischen Stadt Mariupol eine Operation unter falscher Flagge gewesen sei.

Im März habe Hayward zudem einen Link zu einem Artikel geteilt, der den angeblichen russischen Angriff auf ein Theater in Mariupol in Frage stellte, und gefragt: "Was wissen wir über die Realität?" In dem Artikel wurde die Vermutung geäußert, dass es sich bei dem Angriff ebenfalls um eine Operation unter falscher Flagge gehandelt haben könnte, die von den Ukrainern durchgeführt wurde, um die Öffentlichkeit zu empören und eine militärische Intervention des Westens zu provozieren.

Kvitka Perehinets, eine ukrainische Studentin an der Universität, erklärte der BBC, sie sei sehr besorgt über die Aktivitäten des Professors in den sozialen Medien: "In dem Moment, in dem wir anfangen, die beiden Seiten der Geschichte gleichzusetzen, verlieren wir unsere Menschlichkeit. Der Angreifer – in diesem Fall Russland – sollte nicht die gleiche öffentliche Plattform erhalten wie die Unterdrückten." Perehinets berichtete auch, dass sie es gewesen war, die die Universität auf die Tweets von Professor Hayward aufmerksam gemacht hatte.

Eine andere Studentin, Mariangela Alejandro, äußerte sich besorgt über Haywards Aussagen über den mutmaßlichen Angriff mit Chemiewaffen in Syrien und seine kritische Haltung gegenüber den "Weißhelmen", die er den Studenten in einer Vorlesung mitgeteilt hatte.

In seiner Vorlesung, die der BBC vorliegt, erklärte Hayward seinen Studenten, dass es zwei vorherrschende Narrative über den angeblichen Angriff im syrischen Duma im Jahr 2018 gebe: "Die eine Erzählung besagt, dass die Weißhelme bei der Rettung von Opfern geholfen, Beweise geliefert und Zeugenaussagen über den chemischen Angriff auf Duma am 7. April 2018 gemacht hatten. Die Kritiker sagen, die Weißhelme seien für die Inszenierung eines Ereignisses unter falscher Flagge verantwortlich, um den Westen zum Angriff auf die syrische Regierung anzustacheln."

Professor Hayward verteidigte seine Lehrtätigkeit – so schrieb er auf Twitter:
"Die Wissenschaft sollte eine offene Diskussion über Propaganda unterstützen und nicht gezwungen sein, eine offizielle Linie in einem Informationskrieg zu verfolgen."
Er meinte auch, dass es in seinem Kurs lediglich darum gehe, ob eine Behauptung allein aufgrund der Autorität einer anderen Person akzeptiert werden sollte. Er kritisierte die BBC für Angriffe auf ihn und andere Akademiker, die das Mainstream-Narrativ in Frage stellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629b5627b480cc74af651de0.jpg>

10:31 (9:31) Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 5.6.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainischen bewaffneten Formationen setzten weiter terroristische Methoden in dem verbrecherischen Krieg gegen die Zivilbevölkerung des Donbass ein. Der Einsatz von schwerer Artillerie auf Wohngebiete und zivile Infrastrukturobjekte von Donezk hat zugenommen. **Zwei Schulen, ein Lyzeum, ein Gymnasium und ein Kindergarten wurden mit Artillerie beschossen.**

Außerdem hat die ukrainische Artillerie zivile **Infrastrukturobjekte in 9 Ortschaften der Republik beschossen.**

Insgesamt hat der Gegner in den letzten 24 Stunden mehr als 680 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, 155mm-, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern **abgefeuert.**

Dabei starben 5 Zivilisten, 24 wurden verletzt, darunter ein fünfjähriges Kind.

47 Wohnhäuser, ein Fahrzeug und 14 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über Verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden 2 T-64-Panzer, 3 Schützenpanzer und 40 Mann vernichtet. Durch heftigen Beschuss wurden 3 Feuerpunkte des Gegners im Gebiet von Peski, von denen aus Donezk beschossen wurde, unterdrückt.

10:34 (9:34) novorosinform.org: Selenskij hat offensichtlich psychische Probleme - Sprecher des ungarischen Parlaments

Der Präsident der Ukraine benehme sich in der internationalen Arena unangemessen und bedrohe europäische Länder, sagte Laszlo Köver, Vorsitzender des ungarischen Parlaments. Das Oberhaupt eines hilfebedürftigen Landes sollte sich nicht denen widersetzen, die versuchen, seinen Staat zu unterstützen. Selenskij hingegen habe es gewagt, zu Forderungen und Drohungen gegen Bundeskanzler Olaf Scholz überzugehen, sagte Köver im ungarischen Fernsehen.

"Man bedroht Feinde, nicht diejenigen, unter denen man sich Freunde machen will. Selenskij hat hier irgendein persönliches psychisches Problem, und ich weiß nicht, was man dagegen tun kann", sagte der Politiker.



https://novorosinform.org/content/images/59/02/45902_720x405.jpg

10:37 (9:37) novorosinform.org: **Kiew wird sich nicht an den Verhandlungstisch mit Moskau setzen, bis der Westen es zulässt – Lawrow**

Die Ukraine habe vor einigen Monaten ihre Vorschläge für den Abschluss eines Friedensvertrags vorgelegt, aber dann sei alles wegen des Verbots westlicher Kuratoren unterbrochen worden, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow.

Der Chef der russischen Diplomatie hält die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine für aussichtslos, da der kollektive Westen Selenskij dies nicht erlaube und Kiew eine "Verhärtung der Position" im Konflikt aufzwinge.

"Die Ukraine schien vor zwei Monaten einen Vorschlag zur Lösung dieses Problems vorgelegt zu haben. Wir nahmen diese Vorschläge als Grundlage. Einen Tag später verbot der Westen den Ukrainern, diesen Prozess fortzusetzen", sagte Lawrow in einem Interview mit einem bosnischen Serbischer Fernsehsender.



https://novorosinform.org/content/images/59/03/45903_720x405.jpg

10:06 de.rt.com: **Brandenburgs Ministerpräsident Woidke sieht noch viel Arbeit für Absicherung von Erdöl-Embargo**

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke sieht für die angestrebte Versorgungssicherheit bei einem Erdöl-Embargo gegen Russland noch Hürden. Die Bundesregierung und die Ministerpräsidentenkonferenz seien sich einig, "dass Energiesicherheit gewährleistet sein muss in allen Teilen Deutschlands zu jeder Zeit", wird der SPD-Politiker von der Deutschen Presse-Agentur zitiert.

"Das ist die große Herausforderung, vor der die Bundesebene steht – gerade jetzt im Bereich der Treibstoffversorgung mit dem Öl-Embargo, das ja Anfang kommenden Jahres in Kraft treten soll. Da muss noch viel Arbeit geleistet werden."

Der Regierungschef von Brandenburg lässt offen, ob die Folgen des geplanten Importstopps rechtzeitig abgedeckt werden können. Es werde sich zeigen, ob es machbar sei. Man brauche Sicherheit, dass alles danach für die gesamte Region und die PCK-Mitarbeiter gut laufe.

Nach dem jüngsten Beschluss der EU-Staats- und Regierungschefs führt die EU im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg kein Tankeröl aus Russland mehr ein. Rohöl über Pipelines darf demnach fließen, aber die Bundesregierung will auch diesen Import beenden. Das trifft vor allem die PCK-Raffinerie in Schwedt in Brandenburg, die an der Pipeline Druschba hängt. Sie gehört mehrheitlich einer deutschen Tochter des russischen Staatskonzerns Rosneft. 90 Prozent der Autos in Berlin und Brandenburg fahren laut PCK mit Kraftstoff aus Schwedt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629c5258b480cc6a5817ddcc.jpg>

PCK-Raffinerie in Schwedt/Oder, 9. Mai 2022

11:03 de.rt.com: **Putin warnt vor Lieferungen von Langstreckenraketen an Ukraine**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat im Interview für den Fernsehsender Rossiya 1 den Beschluss der US-Regierung gelassen kommentiert, der Ukraine neue Mehrfachraketenwerfer zur Verfügung zu stellen. Der Kremlchef verwies darauf, dass Kiew ähnliche Waffen aus sowjetischer und russischer Produktion bereits besitze.

"Hier gibt es nichts Neues."

Putin erklärte, es gehe seines Wissens um Raketen mit einer Reichweite von 45 bis 70 Kilometern. Dieselbe Reichweite hätten auch die Mehrfachraketenwerfer vom Typ Grad, Uragan und Smertsch, die zur Bewaffnung der ukrainischen Streitkräfte gehörten. Zugleich warnte der russische Staatschef vor Lieferungen von Langstreckenraketen an die Ukraine.

"Sollten sie geliefert werden, werden wir entsprechende Konsequenzen ziehen und unsere Zerstörungsmittel, die wir genügend haben, einsetzen, um jene Objekte anzugreifen, die wir bislang nicht angreifen."

Zuvor hatten die USA beschlossen, der Ukraine Mehrfachraketenwerfer vom Typ HIMARS zur Verfügung zu stellen. Dabei machte Washington zur Bedingung, dass Kiew mit diesen Waffen keine Angriffe auf das russische Staatsgebiet vortragen soll. Der ukrainische Präsident

Wladimir Selenskiy stimmte dieser Bedingung öffentlich zu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629c6e4cb480cc611d608bdd.jpg>

10:35 de.rt.com: **Medienbericht: Madrid erörtert Lieferung von Panzern und Flugabwehrraketen an Kiew**

Nach einem Bericht der spanischen Zeitung El País zeigt sich die Regierung in Madrid bereit, Kiew schwere Militärgeräte, darunter Leopard-Panzer und Aspide-Kurzstreckenraketen, zu liefern. Das Blatt [beruft](#) sich auf Quellen in der Regierung des EU-Landes. Außerdem hat Spanien vor, ukrainische Soldaten im Umgang mit diesen Waffen zu schulen. Die Ausbildung wird demnach in Lettland und Spanien stattfinden.

Bislang hat das EU-Land an die Ukraine lediglich Munition, Schutzausrüstung und leichte Waffen wie Granatwerfer vom Typ C-90 und Maschinengewehre geliefert. Die Regierung in Kiew wirft Madrid vor, der Ukraine im Unterschied zu anderen westlichen Staaten nur wenig Militärhilfe zur Verfügung zu stellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629c6280b480cc654a6ff524.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 5. Juni 2022 hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF 227 Ortschaften, einschließlich Iljitschewka im Bezirk Krasnyj Liman, befreit und vollständig unter Kontrolle genommen.

Es laufen Kämpfe um Swjatogorsk.

11:37 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium bestätigt Raketenangriffe auf Kiew: Panzer aus osteuropäischen Ländern zerstört**

Das russische Verteidigungsministerium hat Raketenangriffe auf die ukrainische Hauptstadt Kiew am Morgen bestätigt. Wie der Behördensprecher, Generalmajor Igor Konaschenkow, auf seinem Pressebriefing mitteilte, sei ein Reparaturwerk am Stadtrande von Kiew mit hochpräzisen Luftraketen getroffen worden, in dem sich aus osteuropäischen Ländern gelieferte T-72-Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge befunden hätten. Weitere Reparaturwerke für beschädigte ukrainische Militärgeräte seien in den Ortschaften Kramatorsk, Druschkowka und Tschassow Jar getroffen worden. Mit weiteren Präzisionsschlägen habe die russische Armee zwei Kommandozentralen, drei Lager mit Artillerie- und Raketenmunition sowie sechs Ansammlungen von Technik und Personal der ukrainischen Streitkräfte zerstört. In der Nähe von Sewersk habe man ein Artillerieaufklärungsradar vom Typ AN/TPQ-50 aus US-Produktion unschädlich gemacht. Konaschenkow zufolge habe die russische Luftwaffe drei Kommandopunkte, drei Munitionslager und 65 Ansammlungen von Technik und Personal der ukrainischen Armee zerstört. Dadurch seien über 350 ukrainische Nationalisten getötet worden. Bei einem Luftkampf in der Nähe von Slawjansk sei ein ukrainisches MiG-29-Kampfflugzeug abgeschossen worden.

Ferner teilte der Militärsprecher mit, dass die russische Flugabwehr in der Nähe von Odessa ein militärisches Transportflugzeug vom Typ An-25 mit Waffen an Bord abgeschossen habe. In den vergangenen 24 Stunden seien im Himmel über den Volksrepubliken Lugansk und Donezk und über dem ukrainischen Gebiet Charkow zehn Drohnen, eine davon vom Typ Bayraktar TB2 abgeschossen worden. Die Flugabwehr habe außerdem im ukrainischen Gebiet Nikolajew zwei ukrainische Totschka-U-Raketen und im ukrainischen Gebiet Charkow drei reaktive Urgan-Geschosse abgefangen.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums habe die Ukraine seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar 189 Flugzeuge, 129 Hubschrauber, 1.114 Drohnen, 330 Flugabwehrraketenkomplexe, 3.416 Panzer und Panzerfahrzeuge und 470 Mehrfachraketenwerfer verloren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629c793048fbef75734d5b2d.jpg>

12:42 (11:41) novorosinform.org: **Das Kiewer Regime schickte ausländische Söldner zum "Gegenangriff" nach Sewerodonezk**

Eine "Fremdenlegion", die aus Söldnern in verschiedenen Ländern zusammengestellt wurde, traf am Standort der Streitkräfte der Ukraine in der Nähe von Sewerodonezk ein, berichtet der Telegram-Kanal „Denazifikazija UA“.

Die Gruppierung "Fremdenlegion" hat freiwillig eine eigene Spezialeinheit gebildet, um an den Feindseligkeiten auf Seiten der Ukraine teilzunehmen. Jetzt haben ihre Mitglieder das Industriegebiet bei Sewerodonezk besetzt.

„Die Kiewer Propaganda kündigte lautstark einen ‚Gegenangriff in Sewerodonezk‘ an, aber jetzt halten die in die Schlacht geworfenen ausländischen Söldner der ‚Fremdenlegion‘ nur noch das Industriegebiet in der Nähe der Stadt, das zuvor von ukrainischen Streitkräften kontrolliert wurde“, stellt die Quelle fest.



https://novorosinform.org/content/images/59/09/45909_720x405.jpg

nachmittags:

13:05 (12:05) novorosinform.org: **Ukrainische Kämpfer besetzten das Gebäude des UN-Büros in Kramatorsk**

Die Streitkräfte der Ukraine setzen ihre kriminellen Aktivitäten fort, verstecken sich im Gebäude der Kramatorsker Zweigstelle der UNO und stehlen Autos von Vertretern der Organisation, berichtet der Telegram-Kanal "STAB TerO DNR".

Die Sicherheitskräfte des Kiewer Regimes besetzten das Büro der internationalen Organisation in Kramatorsk. Im besetzten Gelände blieben drei Autos von UN-Vertretern mit den Symbolen der Organisation.

Mitarbeiter der Mission schickten einen Bericht über den Vorfall an das UN-Büro in Kiew. Darin erklärten sie, dass sie weder das Gebäude selbst noch die Autos betreten dürften, und es ihnen auch verboten sei, Fotos oder Videos von dem Geschehen zu machen, um der Führung der Ukraine Beweise für die Verbrechen der Streitkräfte zu liefern.



https://novorosinform.org/content/images/59/10/45910_720x405.jpg

12:25 de.rt.com: **Deutsche Bauern fordern angesichts des Ukraine-Krieges staatliche Düngemittel-Reserve**

Da Dünger infolge des Ukraine-Krieges teuer wird, schlagen deutsche Landwirte eine staatliche Dünger-Reserve vor. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, hat der Neuen Osnabrücker Zeitung erklärt, dass Deutschland für den Notfall eine Düngemittel-Reserve brauche, ähnlich wie es auch eine Ölreserve gebe. Rukwied verwies darauf, dass die Herstellung von Stickstoffdünger sehr Gas-intensiv sei.

"Ohne Stickstoffdünger gehen die Erträge auf dem Acker signifikant runter. Da reden wir über 30 oder 40 Prozent."

Für den Fall eines russischen Gasembargos müsse die Landwirtschaft daher bei Gaslieferungen priorisiert werden, so Rukwied.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629c835cb480cc603f474094.jpg>

14:16 (13:16) novorosinform.org: **Russische Truppen zerstörten eine Einheit der Streitkräfte der Ukraine in Lisitschansk**

Ramsan Kadyrow veröffentlichte ein Video mit der Liquidierung des Hauptquartiers der 115. Brigade der Reserve des Generalstabs des Verteidigungsministeriums der Streitkräfte der Ukraine in Lisitschansk.

Das Oberhaupt von Tschetschenien schrieb, dass die Spezialeinheit Akhmat zusammen mit dem zweiten Armeekorps der Volksmiliz der LVR die ukrainischen Kämpfer angegriffen habe, was in den Reihen des Feindes Panik ausgelöst habe.

"Das ist kein Tic-Tac-Toe-Spiel, Nazis. Raus aus der LVR!" kommentierte Kadyrow die Situation.



https://novorosinform.org/content/images/59/12/45912_720x405.jpg

13:24 de.rt.com: **Papst Franziskus plädiert für neue Verhandlungen zur Beendigung des Ukraine-Krieges**

Papst Franziskus hat zum Pfingstfest ein Ende der Gewalt in der Ukraine gefordert. Nach dem Mittagsgebet Regina Coeli sagte das Oberhaupt der katholischen Kirche vor zahlreichen Gläubigen in Rom:

"Während die Wut der Zerstörung und des Sterbens grassiert und die Gegensätze aufflammen und eine immer gefährlichere Eskalation für alle nährt, erneuere ich meinen Appell an die Verantwortlichen der Nationen: Bitte, stürzt die Menschheit nicht ins Unglück."

Der Papst forderte, konkrete Verhandlungen für einen Waffenstillstand und eine nachhaltige Lösung aufzunehmen, und verlangte, die Zerstörung von Städten und Dörfern zu stoppen.

Der Vatikan versucht seit dem Ausbruch des Krieges am 24. Februar, sich als Vermittler einzubringen. Papst Franziskus ist zudem nach eigenen Worten bereit, in die Ukraine zu reisen – wenn dafür der richtige Moment da ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629c910b48fbef78de7c2990.jpg>

14:14 de.rt.com: **Narrativwechsel: In US-Medien kippt die Meinung zum möglichen Ausgang des Ukraine-Kriegs**

Waren sich die Mainstream-Medien zu Beginn der russischen Militäroperation noch recht einig über die Überlegenheit des ukrainischen Militärs und die Wirksamkeit der westlichen Sanktionen, so scheint diese Einordnung auch in konservativen US-Medien zunehmend zu bröckeln.

Am 2. Juni veröffentlichte die konservative US-amerikanische Zeitung The Hill, die laut Wikipedia im politischen Washington jedem Kongressmitglied, dem Weißen Haus, Pressevertretern, Lobbygruppen sowie Wirtschafts- und Interessenverbänden gratis zugestellt wird, den Meinungsbeitrag mit dem Titel:

"Könnte Russland einen Public-Relations-Krieg gegen den Westen gewinnen?"

Darin stellt der Journalist William Moloney zunächst die Ergebnisse der jüngsten Meinungsumfragen zur Rolle der USA im Russland-Ukraine-Konflikt vor. Sollten die USA im März noch für über 60 Prozent der Befragten eine große Rolle in der Ukrainekrise spielen, liege die Zustimmung dafür nach der letzten AP-NORC-Umfrage am 19. Mai nur noch bei 45 Prozent.

Dass das Meinungs-narrativ sich wende, belegt laut Moloney auch ein aktueller Beitrag in der New York Times. Bislang sei die NYT ein energischer Vertreter eines ukrainischen "Sieg" gewesen und habe für die "Bestrafung" Russlands plädiert. Aber am 19. Mai habe sie erklärt, es sei unrealistisch, dass die Ukraine alle Territorien, die Russland seit 2014 besetzt habe,

wieder zurückgewinnen könne. "Russland bleibt zu stark", zitiert Moloney die NYT. Demnach "sollte Biden klarmachen, dass es in Bezug auf Waffen sowie finanzielle und politische Unterstützung, die die Ukraine erwarten kann, Grenzen gibt", zitiert er weiter. Moloney erinnerte auch an Kissingers Rede beim Weltwirtschaftsforum in Davos. Darin habe sich Kissinger für einen Waffenstillstand und eine Rückkehr zum "Status quo ante" ausgesprochen, um den gefährlichen Konflikt nicht auszuweiten.

Zudem habe die westliche Sanktionsstrategie Russland nicht in die Knie gezwungen. Dazu schreibt Moloney:

"Stattdessen gibt es Belege dafür, dass mit Sanktionen, die der westlichen Wirtschaft mehr schaden als der russischen Ökonomie, das Gegenteil der Fall sein könnte. Weit entfernt von Bidens Vorhersage, erreichte der Rubel im Mai ein Zweijahreshoch. Mit russischen Energie- und Agrarexporten wurden Höchstennahmen erzielt – vor allem, weil Europa und der größte Teil der Welt ohne sie nicht auskommen kann."

Dazu kommt laut Moloney noch der völlig unrealistische Mythos, wonach die USA fast die ganze Welt gegen ein isoliertes Russland vereint hätten:

"Tatsächlich haben von den 195 Ländern der Welt nur 65 zugestimmt, sich an Amerikas Sanktionsregime zu beteiligen – was bedeutet, dass sich 130 Länder geweigert haben, einschließlich China, Indien, Brasilien, Mexiko, Indonesien, der größte Teil von Asien, Afrika und Lateinamerika, also die Länder, die die Mehrheit der Weltbevölkerung umfassen."

Ein Beispiel für die insgesamt schwächelnde Führungsrolle der USA erlebte man laut Moloney auch beim letzten G20-Gipfel. Dort habe die US-Delegation bei der Rede eines russischen Abgeordneten den Raum verlassen. Aber nur drei weitere von insgesamt 19 internationalen Delegationen seien den USA gefolgt.

Noch vor Kurzem habe man vom Sieg der Ukraine und einem Regime Change in Moskau gesprochen, fasste Moloney seinen Beitrag zusammen. Inzwischen sieht es seiner Meinung nach so aus, als würden die USA und ihre Alliierten um einen akzeptablen Weg für einen Kompromiss ringen, durch den man den Krieg beenden könnte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629b7ab748fbef78dd43cbb0.jpg>

14:40 de.rt.com: **Weißrussische Oppositionsführerin Tichanowskaja: Mindestens 1.500 Weißrussen in den Reihen der ukrainischen Armee**

Die im Exil lebende weißrussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja hat in einem [Interview](#) für die italienische Zeitung Corriere della Sera erklärt, dass auf der Seite der ukrainischen Armee mindestens 1.500 weißrussische Bürger kämpften. Nach Ausbruch des Krieges sei ein Bataillon gegründet worden, das momentan aus 1.500 Mann bestehe.

"In Wirklichkeit ist es kein Bataillon: Es gibt sie in verschiedenen Städten, sie sind der ukrainischen Armee untergeordnet."

Tichanowskaja zufolge würden einige Weißrussen in anderen Ländern militärisch ausgebildet. Konkrete Zahlen und Länder wollte sie allerdings nicht nennen. Jedoch zeigte sich die Oppositionsführerin sicher, dass die Zahl der Kämpfer aus ihrem Land wachsen werde.

Zugleich sprach sie sich gegen eine Aufhebung der Sanktionen gegen Minsk und Moskau aus, denn dies würde Alexander Lukaschenko und Wladimir Putin in ihrem Glauben bestärken, dass sich die Anwendung von Gewalt lohne.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629ca3d8b480cc5fbc138c65.jpg>

16:09 (15:09) novorosinform.org: **Ukrainische Beamte verkaufen westliche Waffen und profitieren vom Krieg – Medien**

Ausländische Söldner, die als Teil der Streitkräfte der Ukraine an den Feindseligkeiten in der Ukraine teilnehmen, sind enttäuscht über die Aktionen ukrainischer Beamter und beschwerten sich über Korruption und die Tatsache der Bereicherung der Ukrainer durch den Verkauf westlicher Militärhilfe, schreibt die kanadische Publikation Toronto Star.

Mehrere Söldner aus den Vereinigten Staaten und Kanada berichteten übereinstimmend von ukrainischen Realitäten, die sich erheblich von dem Bild unterscheiden, das von den westlichen Medien gezeichnet wird.

Insbesondere sagten die Söldner, dass sie an der Front mit einem Mangel an Waffen, Medikamenten und Grundversorgung konfrontiert seien, während ukrainische Beamte aktiv vom Westen gelieferte Waffen verkauften.

"Es fehlt an Munition und zusätzlichen Magazinen für Gewehre. Die Kämpfer stürmen in Turnschuhen und verschiedenen Uniformen in die Schlacht. Starke Schmerzmittel oder Medikamente zu beschaffen, um traumatische Blutungen zu stoppen, ist fast unmöglich", sagte einer der Söldner.

Die Veröffentlichung erinnert daran, dass der Global Organized Crime Index 2021 [die Ukraine] in den größten Waffenmärkte in Europa genannt hat. Seitdem habe sich die Situation mit dem illegalen Waffenverkehr angesichts der mangelnden Kontrolle über die vom Westen gelieferten Waffen nur verschlechtert, heißt es in dem Material.



https://novorosinform.org/content/images/59/15/45915_720x405.jpg

16:34 (15:34) novorosinform.org: **Ungarn hat sich auf die Seite des Bösen gestellt: Das ukrainische Außenministerium reagierte auf die Äußerungen des ungarischen Parlamentschefs zu Selenskijs psychischen Problemen**

Das Außenministerium der Ukraine bat den Sprecher des ungarischen Parlaments, Laszlo Köver, ein Attest für psychische Gesundheit vorzulegen. So reagierte die Behörde auf die Äußerung des ungarischen Parlamentschefs zu den psychischen Problemen des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij.

Köver hatte gesagt, dass sich der ukrainische Präsident auf der internationalen Bühne unangemessen verhielte und europäische Länder offen bedrohe.

Das Außenministerium der Ukraine erklärte, dass die Bewertung der Worte von Herrn Köver direkt von den Schlussfolgerungen abhängen, die im Attest über dessen psychische Gesundheit festgehalten sind, das der Ungar Kiew vorlegen müsse.

Darüber hinaus erklärte Kiew, dass ungarische Politiker im Konflikt in der Ukraine die „Seite des Bösen“ gewählt hätten.

"Ungarische Politiker bewerfen die Ukraine beharrlich weiter mit Schlamm", was nicht verwunderlich sei, denn "Ungarn hat sich historisch mehr als einmal der Seite des Bösen zugewandt", heißt es in einer Erklärung des ukrainischen Außenministeriums.



https://novorosinform.org/content/images/59/16/45916_720x405.jpg

17:10 de.rt.com: **Weitere Aufnahmen der Zerstörungen in Donezk nach nächtlichem Beschuss**

Ein Stringer, der auch für RT aus Donezk berichtet, hat in seinem Telegram-Kanal weitere

Aufnahmen der Folgen des massiven Artilleriebeschusses der Millionenstadt am gestrigen späten Abend [veröffentlicht](#).

Der Stringer kommentiert die Aufnahmen:

"Die ukrainischen Streitkräfte haben gestern einen Angriff mit BM-21 Grad-Raketen auf das Zentrum von Donezk durchgeführt. Vierzig Raketen fielen auf den Stadtbezirk Woroschilowskij.

Die ukrainische Armee beschoss nicht nur die Häuser von Zivilisten, sondern auch den Kindergarten Nr. 13. Die Rakete durchschlug das Dach des zweistöckigen Gebäudes, in dem normalerweise Kinder untergebracht sind. Zum Glück waren sie nicht da, denn die Einrichtung ist seit dem 19. Februar 2022 nicht mehr in Betrieb. Am Abend des 4. Juni befand sich nur der Hausmeister im Kindergarten, der nicht verletzt wurde."



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/XeA5-xQktwi5JHw5sbPda8Se7u_uvmPTaA3LdaV-z1cfryplPmiIr9oEHian4TCrAxnps3HDSO4meSpv7aqGN4mRO2m-6POxVCrGcn2A5Ds4QHj7o2DiH8qssHbGNB8kQHrXpqq_2ZS2_pOOYQEA9Rmj3ozTLakj1UR4sM5-RFXe1xiLmB4cFWmLMit0Yc2VtjhoknVqZzcyBWero7TcXMugEimw kes7F2QMrVTJo1a_avp8RNfcnGiloR9-xfg0vStKVZi4jaTojsWGrdz8hB2UUlti8f4tbHV9VuMuDlqiQpGl-UnyAcKUx0KGnmwEAMteN2Rz86HBm4ga3mACA.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 5. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.‘

In 32 Ortschaften wurden Sozialzahlungen durchgeführt.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens in Mariupol, Wolnowacha, Wolodarskoje, Mangusch, die Ortschaften der Bezirke Nowoasowsk, Starobeschewo und Telmanowo wandten sich mehr als 1400 Menschen.

Nach Nowotroizkoje wurden 24 Flaschen Flüssiggas geliefert, nach Kamenka 40.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 6 Hektar Territorium und 8 explosive Objekte entschärft.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 10.866 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:30 de.rt.com: **Ein weiterer russischer General gefallen**

Russland hat offiziell mitgeteilt, dass Generalmajor des Heeres Roman Kutusow bei Kampfhandlungen um die Verbindungsstraße Artjomowsk - Lissitschansk am Samstag gefallen ist.

Nach Angaben russischer Experten ist Kutusow der vierte russische General, der seit Beginn der Kampfhandlungen in der Ukraine gefallen ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629cd9f348fbef79d679abed.jpg>

General Roman Kutusow (Mitte) bei einer Parade im Jahr 2021

17:49 Telegram-Kanal von Boris Roshin (Colonelcassad): **Woher kommt die Militärhilfe für die Ukraine?**

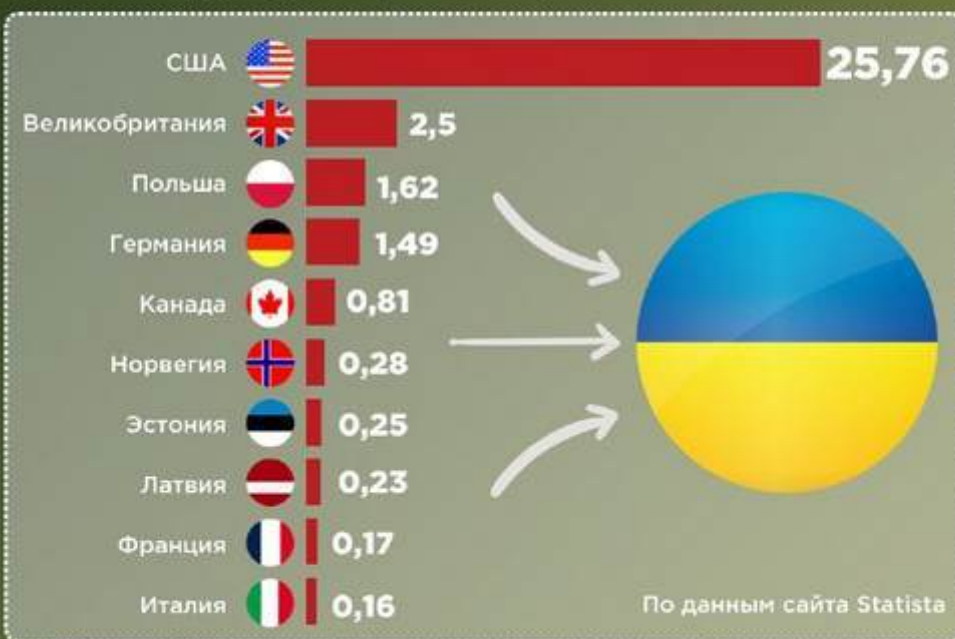
Visuelle Daten über das Volumen der militärischen "Hilfe" für die Ukraine aus verschiedenen Ländern. An der Spitze, wie erwartet, die Vereinigten Staaten. Ihre Waffenlieferungen sind zehnmal größer als die des Vereinigten Königreichs, das auf dem zweiten Platz liegt.

Zuvor nannte der russische Präsident Wladimir Putin das Hauptziel der Waffenlieferungen an die Ukraine - die Verlängerung des bewaffneten Konflikts.

ОТКУДА ПОСТУПАЕТ ВОЕННАЯ ПОМОЩЬ УКРАИНЕ?



Страны, оказавшие наибольшую военную помощь
Украине с 24 февраля по 10 мая 2022 года
(в миллиардах долларов США)



*включая как поставки военной техники, оружия, амуниции, так и финансовую помощь на военные нужды (например, финансирование будущих приобретений оружия)

https://cdn4.telegram-cdn.org/file/Qx2f5ypLtb11HZFRT-fXH66AhTGzQQj8bNvNQPo96ThfkUr-MEmRBVSbjcKDvEdj-Icfs6-Sp-p5LXFu3_ZoueeIaQ56EEHGfF_f6dScIZYSsRP_9w6CGOpJTBhNSiNkKS1ThtQsinERmOwN0qFAMwgV9bbQk2UQVJkYD-znK5QgiW-Pwk_GBC1SulU70nUtixmtLAXGHKzaPpaekKkrWeT085T98ol9yYdZH5jvIJYzTc03l3_IjI2rngTtUPohdjSa1VW_ReY4SJLzokEuv6Go8Dn1Cl1y62I_UhZvMbGYqSXQn53IY7T1qYt7fPRv0mYwbnLxFlnlITgOYYZXqQ.jpg

abends:

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 05.06.22**

Heute hat der Gegner mehr als 230 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 155mm-, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **15 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist und 5 wurden verletzt.**

78 Wohnhäuser, ein Fahrzeug und 7 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

In den letzten 24 Stunden wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation 2 T-80-Panzer, ein Schützenpanzer, ein Schützenpanzerwagen und 30 Mann vernichtet, 2 Feuerpunkte des Gegners im Gebiet von Awdejewka wurden unterdrückt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 4 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 19 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:25 de.rt.com: **Weitere Stimmen in den USA drängen die Ukraine zum Nachgeben**

Die Situation in der Ukraine muss zu Russlands Bedingungen friedlich beendet werden, und Washington sollte Wladimir Selenskij dazu drängen, schreibt American Thinker-Kolumnist Frank Howard.

"Die Vereinigten Staaten sollten starken Druck auf Präsident Selenskij ausüben, damit er einer Einigung zustimmt und die russischsprachigen Gebiete in der Süd- und Ostukraine sich abspalten können und unter russischer Kontrolle bleiben",

heißt es in dem [Beitrag](#).

Nach Ansicht des Verfassers des Artikels wird die Ukraine im besten Fall als Ergebnis künftiger Verhandlungen in dem geopolitischen Konflikt zwischen dem Westen und Moskau einen neutralen Status erhalten. Ein solcher Schritt würde die nationalen Interessen Russlands schützen. Aus demselben Grund sei es notwendig, die Lieferung von Waffen an Kiew einzustellen, da diese die Sicherheit der russischen Gebiete bedrohen könnten, meint der Journalist.

18:31 de.rt.com: **Inflation – Schon jetzt muss sich rund jeder Zweite stark einschränken**

Noch lange bevor die Heizsaison zu Buche schlägt, muss sich hierzulande rund die Hälfte der Bevölkerung im Alltag aufgrund der extremen Preisentwicklung stark oder sogar sehr stark einschränken. Mehr als ein Viertel hat bereits "große Angst", mit dem Geld nicht auszukommen.

Infolge des Ukraine-Kriegs sind Preise in so gut wie allen Lebensbereichen enorm angestiegen. Die Teuerungsrate erreicht seit Monaten immer neue Höchststände – zuletzt 7,9 Prozent und damit so viel wie noch nie seit der Wiedervereinigung – und das in einer Jahreszeit, in der auf das [sanktionsbedingt](#) sehr teure Heizen noch verzichtet werden kann. Laut ARD-DeutschlandTrend müssen sich beinahe die Hälfte der Bürger bereits jetzt im Alltag "sehr stark oder stark" einschränken, wie 47 Prozent angaben. Noch haben 52 Prozent der Bürger den Luxus, dass sie sich trotz der Preissteigerungen "wenig oder gar nicht" einschränken müssen.

Insbesondere Haushalte mit geringen Einkommen sind betroffen. Nach eigenen Angaben müssen sich schon jetzt 77 Prozent mindestens stark im Alltag einschränken, um über die Runden zu kommen. In Ostdeutschland gaben 59 Prozent der Befragten an, die Einschnitte schon zu bemerken.

Trotz der von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen, die die Teuerung abmildern sollen, hat die Preisentwicklung laut Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Deutschland (HDE) schon jetzt "schwerwiegende Folgen für das Verbraucherverhalten."

Viele Menschen achten demnach bereits verstärkt auf Sonderangebote, mehr als ein Viertel (27 Prozent) hat sogar "große Angst", mit dem Geld nicht auszukommen, wie eine am Freitag publizierte Umfrage des Marktforschungsunternehmens IFH Köln im Auftrag des HDE zeigt. Wovor [Experten](#) und Sozialverbände seit einiger Zeit warnen, wird jetzt deutlich: dass die Teuerung wiederum Auswirkungen auf die Wirtschaft hat.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sieht Gewerkschaften, Arbeitgeber und Politik in

Deutschland gemeinsam für wirksame Schritte gegen die Inflation gefordert. Den von der Ampel vorangebrachten Beschluss, den Mindestlohn auf 12 Euro anzuheben, bezeichnete Heil als "möglicherweise größte(n) Lohnsprung" – um 22 Prozent – für sechs Millionen Menschen. Dieser soll ab Oktober in Kraft treten.

Die Linken-Haushaltsexpertin Gesine Löttsch warnte davor, dass die gegenwärtige Preisexplosion viele Menschen existenziell bedrohe. Löttsch kündigte Zustimmung der Linken zur Mindestloohnerhöhung an, sagte aber zugleich: "Eigentlich müssten es jetzt schon 13 Euro sein."

Vorgesehen zur Abstimmung am Freitag ist auch, die Grenze für Minijobs von 450 auf 520 Euro anzuheben.

Andere Maßnahmen wie die befristete Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe befürworten laut ARD-DeutschlandTrend 61 Prozent der Befragten. Auch die geplante Energiepreis-Pauschale für Erwerbstätige in Höhe von 300 Euro heißen 59 Prozent der Deutschen willkommen. Und besonders die [Einführung des 9-Euro-Tickets](#) für die Nutzung des Nah- und Regionalverkehrs erhielt mit 64 Prozent der Teilnehmer eine hohe Zustimmung.

Die Organisation Foodwatch plädierte jedoch dafür, statt eines Tankrabatts die Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse zu senken, da diese Nahrungsmittel gerade für Haushalte mit geringeren Einkommen [zu teuer geworden](#) sind. Verknüpft damit ist die Problematik ungesunder Ernährung samt Übergewicht und weiteren Folgen, die sich bereits als gesellschaftliches Problem bemerkbar machen. Auch der Bundesverband der Verbraucherzentralen hatte sich kürzlich für eine völlige Abschaffung der [Mehrwertsteuer](#) speziell bei Obst, Gemüse und Hülsenfrüchten ausgesprochen.

Insgesamt ist die Preisentwicklung derzeit eines der dringlichsten Probleme, um das sich die deutsche Politik vorrangig kümmern muss – das meint knapp jeder vierte Deutsche (23 Prozent). Dies kam bei der offenen Fragestellung der ARD-Umfrage heraus, die lautete: "Was ist das wichtigste oder zweitwichtigste Problem, das die deutsche Politik jetzt in Angriff nehmen sollte?" Es konnten zwei Antworten gegeben werden, die dann nach Themen sortiert und addiert wurden. Am häufigsten, von 37 Prozent der Befragten, wurde der Ukraine-Krieg genannt. In den Hintergrund gerutscht sind damit der Umweltschutz und der Klimawandel, für die sich nur noch 22 Prozent der Teilnehmer als größte Sorge aussprachen. Die angesichts der Teuerung erwartbare Steigerung der sozialen Ungerechtigkeit – also Probleme wie [Armut und Hartz-IV](#) – wurde von 16 Prozent der Bürger als dringlichstes Problem für die Politik in Deutschland genannt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6299fc67b480cc75d155b316.jpg>

18:50 de.rt.com: **London: Ukrainischer Gegenangriff in Sewerodonezk**

Britische Erkenntnisse deuten darauf hin, dass die ukrainischen Truppen in der stark umkämpften Stadt Sewerodonezk zum Gegenangriff übergegangen sind. Bei den eingesetzten russischen Kräften handele es sich auch um Reserven der Volksrepublik Lugansk, teilte das Verteidigungsministerium in London mit. Diese Truppen seien schlecht ausgestattet und

trainiert, ihnen fehle im Vergleich zu regulären Einheiten schwere Ausrüstung.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij und der ukrainische Generalstab hatten bereits am Samstag von schweren Kämpfen, vor allem im Osten der Ukraine, berichtet. Die blutigen Straßenkämpfe dauerten an, sagte Selenskij.

Unabhängige russische Kriegsreporter haben es am Sonntag nicht ausgeschlossen, dass die ukrainischen Truppen in Sewerodonezk lokale Gegenoffensiven unternehmen und hierbei räumlich begrenzten Erfolg erzielen können. Man hält es jedoch für ausgeschlossen, dass dies zu einer Rückeroberung von Sewerodonezk führen könne. Lediglich, so wird argumentiert, erfolge die Versorgung der in der Stadt noch aktiven ukrainischen Verbände an einer einzigen Brücke, die im Visier der russischen Artillerie ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629cdf3cb480cc49b51c32e5.jpg>

20:34 de.rt.com: **Wirtschaftsminister der Schweiz: Wirtschaftssanktionen gegen Russland verfehlen ihr Ziel**

Die westlichen Sanktionen gegen Russland haben ihr Ziel nicht erreicht.

Dies hat Guy Parmelin (SVP), Mitglied des Nationalrates und Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF/das Amt entspricht dem eines Wirtschaftsministers), in einem Interview mit dem Presseerzeugnis Sonntagsblick erklärt. Zum Thema des Ölembargos gegen Russland sagte Parmelin:

"Wenn das Ziel der Sanktionen gewesen wäre, dass der Krieg in der Ukraine möglichst rasch beendet wird, stelle ich fest, dass dieses Ziel bis jetzt nicht erreicht ist. (...) Wenn Russland weniger Öl in den Westen exportiert, aber einen Teil dieser Menge zu höheren Preisen an andere Länder verkauft, ist das Ergebnis für Moskau dasselbe."

Um eine klare Antwort auf die Frage des Journalisten, ob die Sanktionen denn nun "richtig oder falsch" seien, drückte sich der Politiker indes herum:

"Die USA und Europa haben sie beschlossen, die Schweiz ist mit der EU mitgezogen, um ihren Beitrag zu leisten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629cf854b480cc5183140425.jpg>

21:41 (20:41) novorosinform.org: **Ex-Kommandeur der Territorialverteidigung von Cherson beantragte die russische Staatsbürgerschaft**

Der ehemalige Kommandeur eines ukrainischen Territorialverteidigungsbataillons der Stadt Cherson, Dmitri Kusmenko, hat die russische Staatsbürgerschaft beantragt, berichtet TASS. Es wird darauf hingewiesen, dass Kusmenko und seine Frau die erforderlichen Dokumente zu einem der in Cherson eröffneten Passzentren gebracht hätten.

Zudem erklärte der Ex-Kommandeur der ukrainischen Territorialverteidigung, dass er bei Bedarf bereit sei, zusammen mit der russischen Armee seine Heimatstadt vor ukrainischen Kämpfern und dem Selenskij-Regime zu verteidigen.



https://novorosinform.org/content/images/59/25/45925_720x405.jpg

21:00 (20:00) ria.ru: **Die UNO dementierte Informationen über die Beschlagnahme der von drei Autos der Organisation durch Streitkräfte**

Der offizielle Vertreter des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, Saviano Abreu, bezeichnete die Information, dass die UN-Mission drei Autos in Kramatorsk verloren hätte, als falsch.

Zuvor berichtete der Stab der Territorialverteidigung der Volksrepublik Donezk, dass ukrainische Truppen das UN-Büro in Kramatorsk beschlagnahmt und die UN-Mitarbeiter angeblich ihr Büro und drei Dienstwagen mit Diplomatennummern verloren hätten.

„Die UN hat in den genannten Einrichtungen nicht mehr gearbeitet und unseren Mietvertrag vor einer Woche gekündigt“, sagte Abreu gegenüber RIA Novosti und fügte hinzu, dass es sich seit letzter Woche nicht mehr um eine UN-Einrichtung handle.

„Was Autos betrifft, sind alle unsere Autos registriert. Wir haben also kein einziges Auto verloren. Das ist eine falsche Information“, sagte er.

Abreu erklärte, dass die Einrichtung in Kramatorsk von UN-Organisationen mitbenutzt werde. Bis zum 24. Februar wurde es von den meisten UN-Organisationen verwendet, nicht nur von OCHA, erklärte er.

Wie Abreu betonte, hätten OCHA-Mitarbeiter das Gebäude seit dem 24. Februar verlassen. Er merkte an, dass er von dem Moment an, als die UN-Truppen es verließen, nicht wusste, was auf dem Gelände in Kramatorsk vor sich ging.

Gleichzeitig erklärte der offizielle Vertreter, dass nach dem Verlassen von Kramatorsk der Hauptknotenpunkt der Vereinten Nationen nach Dnipro (russ. Dnjepropetrowsk) verlegt wurde. „Wir operieren von verschiedenen Standorten im Land aus. Das Hauptzentrum unserer Operationen in der Ostukraine befindet sich jetzt in Dnipro. Die meisten unserer Mitarbeiter

arbeiten dort direkt im Rahmen humanitäre Maßnahmen. Kramatorsk ist nicht mehr das Operationszentrum für uns – jetzt ist es Dnipro", sagte Abreu.

„Kramatorsk ist kein Ort, an dem wir unsere Arbeit sicher verrichten können“, sagte er. Insgesamt arbeiteten derzeit etwa 1.500 UN-Mitarbeiter in der Ukraine, sagte er. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/05/15/1733238966_0:237:3219:2048_1280x0_80_0_0_5f539a3c9e7a734f05c0ea22dab3dbd5.jpg

22:05 (21:05) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine führen schweres Feuer auf Donezk: Fernsehzentrum im Petrowskij-Bezirk unter Artillerieangriffen**

Am Abend des 5. Juni führen ukrainische bewaffnete Formationen massives Artilleriefeuer auf den Petrovskij-Bezirk von Donezk. Innerhalb einer halben Stunde wurden etwa 50 Granaten vom Kaliber 152 und 122 mm abgefeuert. Infolge des Beschusses wurde das Fernsehzentrum laut lokalen Telegram-Kanälen beschädigt.

Der Stab der Territorialverteidigung der DVR veröffentlichte ein Video über die Folgen des Beschusses. Die Aufnahmen zeigen Rauch im Bereich des Fernsehturms und der Pechotnaja-Straße.

Infolge des Beschusses von Donezk kommt es zu Unterbrechungen bei Fernseh- und Radiosendungen. Das Ministerium für Kommunikation der DVR berichtete, dass Spezialisten an der Fehlerbehebung arbeiten.

„Im Zusammenhang mit dem Beschuss ist die Ausstrahlung von Fernseh- und Radiosendern in der Stadt Donezk und den angrenzenden Siedlungen gestört. Spezialisten arbeiten daran, die Probleme zu beseitigen“, teilte die Behörde in einer Erklärung mit.



https://novorosinform.org/content/images/59/26/45926_720x405.jpg